

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat Dr. Hermann EHLERS-Präsident des Deutschen Bundestages-Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Dr. Robert TILLMANNNS, M.D.B.-Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 1

Bonn - im März 1953-54

Zum Geleit

Diese Blätter sollen ein Zeugnis sein. Das Zeugnis einer Verantwortung, die seit acht Jahren von vielen evangelischen Menschen in Deutschland wahrgenommen worden ist.

Diese Menschen hatten Erkenntnisse und Erfahrungen in den bitteren Jahren des Hitlerstaates gesammelt. Sie hatten gelernt; dass die Vorstellung weiter evangelischer Kreise, Glaube und Bekenntnis hätten mit der Politik nichts zu tun, falsch ist. Die lange über 1918 hinauswirkende

Meinung, dass der Staat die Gewähr für die Vertretung der christlichen Anliegen in der Politik biete und der einzelne evangelische Christ darum einer Konkretisierung seiner politischen Verantwortung enthoben sei, brach im Hitlerstaat endgültig zusammen.

Dazu kam die Erfahrung, dass in der Abwehr des totalitären Angriffs auf den Glauben evangelische und katholische Christen in einer Front standen. Wenn aus dieser Erfahrung bei manchen eine zu primitive Vorstellung von den Möglichkeiten einer Begegnung und einer Überwindung der konfessionellen Spaltung erwuchs, so hat der vorläufige Wegfall des gemeinsamen Gegners diese Überforderung der politisch-weltanschaulichen Zusammenarbeit schnell korrigiert. Weil aber gleiche oder ähnliche Gefährdungen jeden Tag wieder auftreten können, ja in noch grösserer Brutalität auftreten, sollten wir das Wissen um die Notwendigkeit gemeinsamer Abwehr nicht einschlafen lassen.

Die Praxis der Auseinandersetzung mit dem totalitären Staat hat ebenso wie das Bemühen um den Neubau einer demokratischen Ordnung gezeigt, dass die Christen, ob sie nun evangelischen oder katholischen Bekenntnisses sind, in fast jeder politischen, sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen oder kulturpolitischen Entscheidung

I N H A L T

Dr. Hermann Ehlers

Zum Geleit

Dr. Robert Tillmanns

Europäische Verteidigungsgemeinschaft - Ja oder Nein ?

Wolf Graf Baudissin

Der Christ und die
Wiederbewaffnung

Prälat D. Kunst

Interview

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
- Bibliothek -
IBK/IFK/IIS/SFK/PAE ADU
Inventar-Nr.

Redaktion: Hans Strümpfel

Geschäftsteile des Evangelischen Arbeitskreises der CDU / CSU - Bonn, Görresstraße 40. Telefon

--Postcheckkonto: Köln

gemeinsam handeln können. Selbst wenn es dabei im Einzelfall Unterschiede der Auffassung gibt, wurde jedesmal deutlich, dass diese Unterschiede im Vergleich zu den Differenzen gegenüber anderen Parteien und politischen Richtungen gering und überwindbar sind.

Die politische Gemeinschaft der katholischen und evangelischen Christen stand von Anfang an unter einer Schwierigkeit. Die katholische Christenheit besass sowohl aus Gründen ihrer Staatsauffassung, wie denen ihrer politischen Praxis, zum Beispiel im Kulturkampf des Bismarckstaates, wesentlich mehr politische Organisation und Erfahrung. Eine geschlossene politische Haltung auf evangelischer Seite gab es weder hinsichtlich der Zielsetzung, noch der parteipolitischen Organisation. Aus vielerlei Gründen wird es das auch künftig kaum geben.

Die Männer und Frauen, die ihren politischen Weg in der CDU sahen, wollten aber dazu helfen, dass eine geprägte christliche Verantwortung in der deutschen Politik gestärkt wird und dass der evangelische Volksteil seinen eigenen und eigenständigen Beitrag dazu leistet.

Von den Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, und von den Angriffen, die gegen diesen Versuch von den verschiedensten Seiten aus den mannigfaltigsten Beweggründen gerichtet werden, wird in diesen Blättern laufend zu reden sein.

Dass der Versuch überhaupt gemacht wurde, dass er zu einer sichtbaren evangelischen Repräsentation in der Politik geführt hat, und dass er den Gegnern bedeutsam genug erscheint, um gegen ihn Sturm zu laufen, ist ein bemerkenswertes Ereignis der deutschen Politik der vergangenen Jahre.

Wir sind überzeugt, dass die evangelische Verantwortung gebietet, diesen Weg fortzusetzen. Jedes dieser Blätter soll darum ein Ruf sein, unseren Weg kritisch, aber verantwortungsbewusst zu prüfen und mit uns gemeinsam diesen Weg weiterzugehen. Wir glauben, dass das Geschick der deutschen Demokratie davon bestimmt wird.

Dr. H. Ehlers

Europäische Verteidigungsgemeinschaft - Ja oder Nein ?

von Dr. Robert T i l l m a n n s

Wir wissen und fühlen alle, was diese Frage für unser Volk bedeutet und was sie alles umschliesst. Sie soll daher in diesen Briefen sorgfältig und gründlich behandelt werden und wird uns noch öfter beschäftigen. Gerade als evangelische Christen haben wir im Blick auf die tiefgehenden Auseinandersetzungen in den Gemeinden die Pflicht, zur Klärung dieser Frage einen Beitrag zu leisten.

Dabei sollten wir eins voraussetzen, nämlich, dass es uns versagt ist, aus der Bibel bindende und eindeutige Weisungen für die Entscheidung einer solchen politischen Frage zu entnehmen. Wir können also nicht sagen, für einen Christen, der es mit seinem Gehorsam gegen Gott ernst nimmt, gäbe es nur diese oder jene Haltung. Es wäre gut, wenn wir darin übereinstimmen würden, denn dann können wir uns auch bei verschiedener politischer Meinung als Christen und Brüder achten - und das ist die Voraussetzung jeden Gesprächs.

Daraus ergibt sich aber auch die Pflicht sehr nüchterner Prüfung, wenn wir vermeinen, den Willen Gottes, seinen Auftrag an unser Volk, aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit einfach ablesen zu können. Konkret: Gott hat sicherlich unserem Volke in diesem letzten, von Deutschen herbeigeführten Krieg, der auf Eroberung und Unterwerfung anderer ausging, die Waffen aus der Hand genommen. Aber darf daraus der Schluss gezogen werden, dass uns jetzt die Mitwirkung an der Vorbereitung gemeinsamer Verteidigung der europäischen Völker, die der Erhaltung des Friedens dienen soll, verboten sei ?

Damit sind wir beim ersten Ausgangspunkt. Es geht um die Wahrung des Friedens. Wir sollten nicht so billig argumentieren, als wollten nur diejenigen, die zum Verteidigungsbeitrag Nein sagen, den Frieden und als seien die anderen zumindest leichter bereit, einen Krieg in Kauf zu nehmen. Wir sollten auch denen, die die gemeinsame Verteidigung des Westens für notwendig halten, in- und ausserhalb Deutschlands zubilligen, dass es ihnen ernsthaft um die Erhaltung des Friedens geht. Wir bewegen uns auf einem falschen Gleis, wenn wir meinen, europäische Verteidigung bedeute zwangsläufig Krieg. Vielleicht ist es umgekehrt, nämlich, dass das Nichtzustandekommen zum Krieg führt. Es ist überhaupt in der Politik wie im menschlichen Leben allgemein nicht möglich, mit völliger Sicherheit zu sagen, welche Konsequenzen diese oder jene Handlung haben wird. Man kann sich nur darum bemühen, sich darüber klar zu werden, welche Folgen mit grösserer oder geringerer Wahrscheinlichkeit eintreten werden. Das aber bedarf genauer Kenntnisse über die politischen Gegebenheiten, vor allem auch über die anderer Völker und Staaten, mit denen wir es zu tun haben.

In dem Bemühen um eine solche genaue Kenntnis sollten wir uns hüten vor schablonenhaften Meinungen, wie z.B. dieser: Wenn einmal gerüstet wird, gehen eines Tages die Waffen notwendigerweise von selber los, denn man kann Waffenarsenale nicht verrostet lassen. Sicherlich steckt hier eine Gefahr. Aber birgt nur die amerikanische Rüstung eine solche Gefahr in sich und nicht auch die der Sowjetunion, die doch schon sehr viel länger und unter Einsatz ihrer ganzen volkswirtschaftlichen und menschlichen Kräfte vorangetrieben wird? Und würde diese Gefahr dadurch, dass andere nichts tun, nicht noch grösser werden? Im übrigen, dürfen wir ganz daran vorbeigehen, dass John Foster Dulles, einer der Hauptverantwortlichen der Politik der USA, ein ernster evangelischer Christ ist? Und dürfen wir seine feierlichen Erklärungen, dass es ihm nur um den Frieden geht, einfach abtun?

Ist der Satz, dass Verteidigungsanstrengungen - also Rüstung - noch nie Kriege verhindert haben, richtig? Vielleicht enthält er ein sehr oberflächliches, also falsches Urteil. Dieses ist wahrscheinlich dadurch entstanden, dass die Geschichte der durch Rüstung rechtzeitig verhinderten Kriege nicht geschrieben worden ist, und zwar einfach deshalb, weil sie nicht stattgefunden haben. Wir haben in der neuesten Geschichte unseres Volkes ein eindringliches Beispiel dafür, dass nicht rechtzeitige Verteidigung Kriege geradezu herbeiführen kann. Ich meine damit den letzten Weltkrieg. Wer weiss, ob Hitler es 1939 gewagt hätte, den Krieg anzufangen, wenn nicht andere Mächte in den Jahren vorher ihn durch ständiges Nachgeben und Zögern und durch Unterlassung wirksamer Gegenmassnahmen dazu verleitet hätten?

Gewiss ist der Bolschewismus etwas ganz anderes als der Nationalsozialismus und Stalin ein anderer als Hitler. Aber die Überzeugung, dass die westliche - nichtkommunistische - Welt an ihren Gegensätzen zugrunde gehen muss und dass ihre Völker und Staaten es gar nicht fertigbringen, sich zu gemeinsamem Handeln zusammenzufinden, ist ein doktrinärer Grundsatz sowjetischen Denkens. Es ist wirklich so, die Stärke des Bolschewismus beruht nicht zuletzt auf der Schwäche und Uneinigkeit des Westens. Das ist für uns eine Mahnung von ungeheurer Eindringlichkeit, und es wird ja auch grundsätzlich von allen anerkannt - von den Kommunisten abgesehen, dass die politische Einigung Europas die grosse Aufgabe der Gegenwart ist. Die Zeit, in der Europa das politische Zentrum der Erde war, ist nach zwei Weltkriegen vorbei. Die politischen und wirtschaftlichen Gewichte haben sich nach dem Osten und Westen verschoben, zur Sowjetunion und zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn Europa in seiner nationalstaatlichen Zersplitterung verharret, wird es die Massen seiner Bevölkerung auf die Dauer nicht versorgen und ernähren können. Auch ganz abgesehen von den politischen Zielen der Sowjetunion, Europa muss seine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft verwirklichen, wenn es in Selbständigkeit weiterleben will. Entweder wird das Zeitalter des nationalstaatlichen Gegen-einanders in Europa abgeschlossen oder Europa wird von anderen aufgesogen. Wenn die Einigung Europas gelingen würde, wenn auf diese Weise zumindest einmal Kriege unter den europäischen Völkern endlich unmöglich gemacht würden, wäre das schon ein Beitrag zum Frieden von unabsehbarer Tragweite. Dass die Sowjetunion sich mit allen Mitteln bemüht, diese Einigung zu verhindern, bedeutet nur eine Unterstreichung ihrer Notwendigkeit. Könnten wir bei der Erörterung unseres Themas davon ausgehen, dass wir auch darin einig sind? Und wenn dieser politische Zusammenschluss Europas, so wie die Dinge liegen, nur dadurch zustande kommen kann, dass zunächst einmal die sechs kontinental-europäischen Mächte sich zu einer politischen Gemeinschaft zusammenfinden - dürfen wir dann dazu Nein sagen, weil es nicht sofort das Ganze ist?

Für uns Deutsche gibt es allerdings in diesem Zusammenhang ein Bedenken, das ernsthafter Prüfung bedarf, nämlich die Frage, ob eine Beteiligung der Bundesrepublik, die ja nur ein Teil Deutschlands ist, an dieser europäischen Gemeinschaft nicht die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich macht. Dieses Bedenken geht davon aus, dass die Sowjetunion, wenn einmal Europa unter Ein-schluss der Bundesrepublik geschaffen ist, ein für allemal Nein sagen würde zur Wiedervereinigung Deutschlands. Ist das richtig?

Auch bei dem Nachdenken über diese Frage sollten wir davon ausgehen, dass es allen massgebenden Kräften in der deutschen Bundesrepublik heute ernst ist um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Das gilt vor allem für die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Parteien. Nur, wir wollen die Wiedervereinigung nicht in der Weise, dass sie uns in die Abhängigkeit und damit in die Unterwerfung unter den Bolschewismus führt. Wir wollen die Wiedervereinigung so, dass wir Deutsche in Freiheit und Selbständigkeit nach den Gegebenheiten unserer Geschichte unsere politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung entwickeln können. Auch darin sind wir wahrscheinlich einig. Aber man beachtet zu wenig, dass das angesichts der Haltung der Sowjetunion nur erreicht werden kann in der engen Verbindung zur westlichen Welt. Für den Bolschewismus ist auch Neutralität Gegnerschaft.

Die Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands hat die Forderung entstehen lassen: zuerst Deutschland, dann Europa. Also erst das wiedervereinigte Deutschland darf sich an der europäischen Vereinigung beteiligen. Die Gegenposition - mit Nachdruck von der Bundesregierung vertreten - lautet: Ohne die Einigung Europas ist die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu erreichen. Wenn wir versuchen wollen, über diese zentrale Frage Klarheit zu gewinnen, müssen wir die Vorfrage stellen: Wie kann die Wiedervereinigung Deutschlands mit friedlichen Mitteln - nur darum darf es sich ja handeln - überhaupt erreicht werden? Antwort: Nur dadurch, dass die Siegermächte, d.h. die Sowjetunion einerseits und die drei Westmächte andererseits, sich über Deutschland verständigen. Also durch Viermächteverhandlungen. Das soll nicht heissen, dass wir Deutsche keine Anstrengungen machen sollen. Sicherlich sind wir dazu verpflichtet, von uns aus alles zu tun, was an uns liegt, um die Spaltung unseres Landes zu überwinden. Aber diese Spaltung ist nicht von uns gemacht. Sie ist der Ausfluss des grossen Gegensatzes, der nach Ende des Krieges zwischen der Sowjetunion und den Westmächten entstanden ist. Also durch Gespräche zwischen Deutschen kann die Spaltung sicherlich nicht überwunden werden, selbst wenn wir uns einigen würden. Kein einziger Punkt dieser Einigung könnte verwirklicht werden, wenn die Sowjetunion oder die Westmächte Nein sagen würden. Im übrigen, die Machthaber der Sowjetzone haben die Forderung nach "gesamtdeutschen Gesprächen" längst abgelöst durch eine andere, nämlich: Sturz der Bonner Regierung, und in Berlin: Sturz des Reuter-Senats; also Beseitigung der rechtsstaatlichen Ordnung in Deutschland. Wie können in dieser Situation Viermächteverhandlungen zustande kommen oder richtiger gesagt, was kann getan werden, um sie wieder aufzunehmen? Denn es ist ja nicht so, dass über die Einheit Deutschlands zwischen den Siegermächten noch nie verhandelt worden wäre. Nach 1945 haben zahlreiche Konferenzen darüber ohne Erfolg stattgefunden. Was kann geschehen, damit es mit Aussicht auf praktischen Erfolg zu einem neuen Gespräch zwischen den Grossmächten über Deutschland kommt? Hindert die europäische Verteidigungsgemeinschaft das Zustandekommen solcher Verhandlungen? Oder wird der Zusammenschluss Europas uns diesem Ziel näher bringen, nämlich Viermächtegesprächen? Ist es vielleicht sogar der einzige Weg, sie zu erreichen? Mit anderen Worten: Auf welchem Wege kommen die Westmächte zu einem aussichtsreichen Gespräch mit der Sowjetunion? Durch nachgiebiges Zaudern, also durch Unterlassung ihrer Bemühungen um europäische Einigung, oder durch geschlossenes Handeln, nämlich Zusammenschluss Europas und gemeinsame Verteidigung?

Darüber weiteres im nächsten Brief.

Der Christ und die Wiederbewaffnung

von Wolf Graf B a u d i s s i, Referent in der Dienststelle Blank

Wir wissen, wie hart und heftig im evangelischen Raume um die Frage der Wiederbewaffnung gerungen wird und sehen mit Sorge, wie sich an diesem Problem die Geister zu scheiden drohen. Trotzdem, ja gerade deshalb erscheint es notwendig, mit Nüchternheit und klarer Vernunft die Möglichkeit einer Ratifizierung des EVG-Vertrages durch die Parlamente ins Auge zu fassen. Auch derjenige unter uns, der

dieser Entwicklung bisher widerstrebt hat, wird sich dann dem Gegebenen nicht entziehen können; auch ihm bleibt die Gehorsamspflicht zur Obrigkeit und die Verantwortung für das Leben der Gemeinschaft aufgegeben. Es ist daher einfache Bürgerpflicht, sich schon heute über die Grundzüge des "Inneren Gefüges" d.h. der sittlichen und geistigen Ordnung möglicher Streitkräfte Gedanken zu machen und nach den speziellen Aufgaben der Kirche, der Gemeinden und der einzelnen Christen zu fragen.

Wie bei jedem neuen Beginnen unserer Zeit müssen auch die Überlegungen über die Gestaltung einer soldatischen Ordnung von der menschlichen Situation ausgehen, in der wir stehen; darüberhinaus werden sie die besondere Aufgabe des Soldaten unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen zu berücksichtigen haben. Ein unbedenkliches Verharren im Bisherigen wäre ebenso verfehlt wie eine Konstruktion im luftleeren Raume.

In unserer Situation, die durch die Permanenz des kalten Krieges gekennzeichnet ist, kann es nur Streitkräfte geben, deren innere Ordnung diejenige Lebensordnung widerspiegelt und verdeutlicht, die es zu bewahren und notfalls zu verteidigen gilt.

Es erhebt sich hier freilich die allgemeine Frage unserer Zeit, ob wir denn überhaupt eine echte, verteidigungswerte Ordnung besitzen. Die Unüberschaubarkeit unserer Lebensverhältnisse, das Unfertige, die unleugbaren Härten und Ungerechtigkeiten erschweren es dem Einzelnen ausserordentlich, die Grundzüge unserer Lebensordnung zu erkennen und anzuerkennen. Aber hier sollte es Aufgabe gerade des Christen sein, auf das Unzulängliche alles Irdischen hinzuweisen und zu betonen, dass immerhin bei uns der ernste Versuch gemacht wird, die Macht durch das Recht so zu binden, dass der Mensch seinem Gewissen ohne zumutbares Risiko leben und für die Gemeinschaft wirken kann. Dass uns noch viel zu tun bleibt, und dass sich die totalitäre Ordnung nur durch eine weitgehende Verwirklichung der freiheitlichen Prinzipien überwinden lässt, ist selbstverständlich.

Um dem Soldaten Einsicht in den besonderen Auftrag der bewaffneten Macht zu vermitteln, um sein Verständnis für die neue Form der Auseinandersetzung zu wecken, die bereits jetzt und hier im Gange ist, und um ihn erleben zu lassen, worum es eigentlich geht, werden also auch in der militärischen Erziehung die staatsbürgerlichen Freiheiten so weit verwirklicht werden müssen, wie es irgend mit den Erfordernissen soldatischen Dienstes zu vereinen ist. Nur in der Mitverantwortung des Einzelnen und kleiner Gruppen wächst der Soldat in seine Aufgabe, nur so erlebt er die Geborgenheit einer Gemeinschaft und die Notwendigkeit von Rechten und Pflichten. Das rechtsstaatliche Prinzip ist die Grundlage der Gesamtordnung.

Wir haben diesen Soldaten den "Staatsbürger in Uniform" genannt, um damit aufzuzeigen:

dass die Verteidigung nur durch Staatsbürger geführt werden kann, d.h. durch Menschen, die die weltliche Ordnung bejahen und sich für ihre Gestaltung verantwortlich fühlen - nur sie wissen, worum es nach Auflösung der früher gültigen Fronten eigentlich geht;

dass die Verteidigung unserer Lebensordnung alle Staatsbürger - ob mit oder ohne Uniform - angeht, da sie alle als Ziel der Auseinandersetzung gemeint und gefährdet sind; der Soldat steht zwar

an besonderer Stelle und in besonderem Auftrag, aber er ist nur noch als integrierter Teil des Ganzen standfest und schlagkräftig.

Wenn die politische Entscheidung über eine deutsche Wiederbewaffnung positiv ausfällt, wird der Christ im Rahmen seiner Gesamtverantwortung einigen Fragen besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen, von denen hier nur drei herausgegriffen werden sollen: der Eid, die Seelsorge und die Kriegsdienstverweigerung.

Der Fahneneid wird voraussichtlich durch eine feierliche Verpflichtung ersetzt werden. Zwar warnen gewichtige Stimmen, gerade dem gebrechlichen Staat von heute den Eid und damit das Bekenntnis der Gemeinschaft zu einer höheren Bindung zu versagen; auch wird darauf hingewiesen, dass der Eid eines der wesentlichen Attribute der Obrigkeit sei. Doch zeigen die meisten Diskussionen über den Eid oder den 20. Juli, wie wenig eine säkularisierte Menschheit noch vom Wesen und von der Bedeutung des Eides weiss. Solange der Eid nicht als eine Gewissensbindung empfunden wird, die zum Gehorsam, aber auch notfalls zum verantwortlichen Ungehorsam ruft, wird es für die Gemeinschaft wie für den Einzelnen besser sein, auf den Fahneneid zu verzichten, der zum Quell der Versuchung und der inneren Not geworden ist. Selbstverständlich wird auch die feierliche Verpflichtung den Christen aus seinem Verständnis des gegebenen Wortes und durch sein besonderes Verhältnis zu Staat und Obrigkeit in ein ganz spezielles Dienstverhältnis setzen. Dieses zu verkündigen und zu lehren, wäre eine wichtige Aufgabe der Seelsorge.

Für die Seelsorge soll keine "Wehrkirche" mit lebenslänglich beamteten Geistlichen geschaffen werden, sondern die Kirchen werden - so ist es jedenfalls geplant - Pfarrer im Wechsel für eine bestimmte Zeit zum Dienst in den Streitkräften beurlauben. Dieser Vorschlag will in keiner Weise besagen, dass die alte Wehrmachtsseelsorge etwa nicht ihrer Aufgabe gerecht geworden wäre; im Gegenteil, sie hat allen Schwierigkeiten zum Trotz ihre Soldaten treulich in die Lager begleitet.

Es muss heute jedoch versucht werden, dem Soldaten einen Pfarrer zu geben, der dank seiner Erfahrungen in den Zivilgemeinden ein besonders geeigneter Helfer in mancher Sorge und der durch seine Stellung ausserhalb der militärischen Rangordnung uneingeschränkt Bote eines anderen Herrn sein kann. Die Landeskirchen tragen natürlich durch ihre personellen Vorschläge eine ganz erhebliche Mitverantwortung an Gestaltung und Wert der späteren Seelsorge.

Im übrigen bietet der soldatische Raum wie kaum ein anderer ein weites Feld für Laienarbeit. Auf die evangelischen Jugendbünde wartet hier eine grosse Aufgabe in Zurüstung und Unterstützung ihrer wehrpflichtigen Glieder. Auch die örtlichen Gemeinden, insbesondere die Männerwerke, werden sich hoffentlich diesem Dienst nicht entziehen. Der Staat kann hier nur Raum und Schutz gewähren; ihn zu füllen und zu nutzen ist Sache der Christen.

Wie wenig der Christ jeden Alters in der Zuschauerrolle bei Entscheidungen derartigen Ausmasses verharren darf, macht das Problem der Kriegsdienstverweigerung besonders deutlich. Wir wissen, dass nach dem Gesamtverständnis der Heiligen Schrift die Obrigkeit "nach Mass menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen hat". Gleichwohl erleben wir, dass neben den Anhängern

absoluter Gewaltlosigkeit, die sich in bestimmten Sekten und Denominationen finden, die Stimmen sich mehren, die den Gewaltgebrauch mindestens für bestimmte Situationen ablehnen.

Es kann hier nicht auf Einzelfragen eingegangen werden. Eins jedoch sollte klar sein, dass der Staat - um sich nicht aufzugeben - zwar echte Gewissensgründe anerkennen muss, aber nicht zulassen kann, dass in der heutigen Situation Kriegsdienstverweigerung zur Norm bzw. zum Mittel politischer Einflussnahme wird. Er wird daher als echte Gewissensbedenken nur solche anerkennen können, die einer auf religiösen und humanitären Vorstellungen beruhenden grundsätzlichen Haltung zur Gewaltlosigkeit entspringen. Politische Überzeugungen, insbesondere gegen den Staat an sich, Gründe der Selbsterhaltung oder solche wirtschaftlicher wie familiärer Art, können nicht berücksichtigt werden. Im übrigen argumentiert Barth in seiner Dogmatik ganz ähnlich, wenn er sagt, dass Kriegsdienstverweigerung "nur als Ausnahmefall zu rechtfertigen ist, wenn die Verweigerung den Staat nicht verneint, sondern bejaht und als ein Akt der Staatstreue gemeint ist". Auch das so viele belastende Problem des etwaigen Auf-den-Bruder-schiessen-müssen gehört leider hierher. Es kommt aus dem politischen Raum und übergeht bewusst die Alternative. Ihm muss geantwortet werden, dass wir von uns aus gar nicht schießen wollen - falls wir aber dazu gezwungen würden, es für und nicht gegen die Brüder im Osten täten.

Im übrigen verbietet das Grundgesetz im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht den Angriffskrieg und würde damit für einen solchen Fall die Kriegsdienstverweigerung allgemein zulassen.

Den Einzelfall in der Praxis gerecht zu beurteilen, wird selbstverständlich ausserordentlich schwer sein. Absicht des Staates ist es, in objektiven, rechtsstaatlichen Verfahren die echten Verweigerer auszuwählen und sie einen Ersatzdienst waffenlos in den Streitkräften oder im zivilen Bereich ableisten zu lassen. Der als Kriegsdienstverweigerer abgelehnte Christ steht vor der schweren Entscheidung, ob er sich der Obrigkeit beugt oder ob er bereits Widerstand leisten darf, der offenbar doch nur um des Bekenntnisses und der Verkündigung willen gefordert ist.

Aber wir meinen, dass gerade hier die Gemeinde einen grossen Dienst zu leisten hat, indem sie Verteidigungsbereiten und Kriegsdienstverweigerern den Spiegel vorhält und sie fragt, ob nicht jeder von ihnen versucht ist, ganz handfeste Interessen und vorgefasste Meinungen mit Gottes Wort zu verbrämen. Die Gemeinde hat vor allem vor der Inflationierung der Gewissen zu warnen und zu Achtung und gegenseitigem Ertragen aufzufordern.

Sie darf weder zu den Waffen, noch zum Widerstand rufen; sie muss der letzte Ort bleiben, auf dem sich beide Seiten brüderlich treffen, und hat vor allem zu verkündigen, dass das Heil nicht von dieser, sondern von einer anderen Entscheidung abhängt. Die Entscheidung über die Ratsamkeit der Wiederbewaffnung ist nicht Sache der Kirche; sie hat jedoch eindringlich davor zu warnen, das Schwert in der Hand ganz bestimmter Geister zum Verhängnis werden zu lassen.

Es soll nicht Aufgabe dieses Artikels sein, für den EVG-Vertrag zu werben; sein besonderes Anliegen ist es vielmehr, auf die Verantwortung hinzuweisen, in der gerade Christen auch in dieser Sache

stehen. Man sollte in keiner Weise die Gefahren verkleinern, die in mannigfaltiger Hinsicht aus der Aufstellung neuer Streitkräfte entstehen können; aber es scheint keinem gegeben, schuldlos dieses Feld den Unbedenklichen und Gestrigen zu überlassen.

Die Bedeutung der geistigen Entwicklung der Streitkräfte für die Gemeinschaft, insbesondere die wehrpflichtige Jugend, ist unbestreitbar. Hier wird, auf einem Teilgebiet zwar, aber an hervorragender Stelle entschieden werden, ob wir in der Verwirklichung und Verdeutlichung einer freiheitlichen Lebensordnung den kalten Krieg gewinnen und den heissen in seiner Unabsehbarkeit verhüten können.

Interview mit Prälat D. Kunst

Bevollmächtigter der EKD am Sitz der Bundesregierung

Die Frage nach der politischen Verantwortung des evangelischen Christen wird in den nunmehr fortlaufend erscheinenden "Politischen Briefen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU" immer wieder aufzuwerfen sein, denn ihr Bemühen hat in erster Linie die politische Aktivierung des evangelischen Raumes zum Ziel.

Es ist uns dabei besonders viel daran gelegen, gerade diejenigen zu Wort kommen zu lassen, deren Amt in unserer Kirche sie in enge Verbindung mit der Öffentlichkeit und den in ihr wirkenden politischen Kräften bringt.

Die Redaktion ist Ihnen, Herr Prälat, daher sehr dankbar, dass Sie sich als erster zur Beantwortung einiger Fragen bereitgefunden haben; denn in Ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigter der EKD am Sitz der Bundesregierung stehen gerade Sie in unmittelbarem Kontakt zum politischen Geschehen.

Wie wir glauben, sind auch Sie, Herr Prälat, davon überzeugt, dass dem evangelischen Christen eine politische Verantwortung auferlegt ist. Dürfen wir Sie fragen, worin nach Ihrer Überzeugung deren theologische Begründung liegt?

Der Glaube des Christen fordert Bewährung. Er taugt nur so viel, als er in der Verantwortung für den Nächsten und im Dienst an ihm Gestalt gewinnt. Das Gebot der Nächstenliebe aber gilt nicht nur für den persönlichen Raum: Der Christ weiss sich von Gott hineingestellt in die Gemeinschaft seines Volkes. Wie der Samariter nicht vorbeiging an dem unter die Mörder Gefallenen, so können Christen nicht vorbeigehen an den Opfern unserer gemeinsamen Schuld: den Vertriebenen, den Kriegsgefangenen, den ungerecht Behandelten, den Verbitterten und Verwirrten. Der Friede Gottes, geschenkt aus Gnade, macht den Christen aktiv gegen alles, was Menschen entzweit und ihnen die Sonne aus dem Tag stiehlt. Die frohe Botschaft soll nach einem Wort Jesu "von den Dächern" - d.h. in der vollen Öffentlichkeit - gepredigt werden. Die Verantwortung des Christen ist also nicht teilbar, sie macht auch vor der Politik nicht halt. Denn auch dort sind wir gerufen,

Gottes Gebot und die Gnade des Evangeliums zu verkündigen. Wir sollen nicht das Salz des Himmels, sondern der Erde sein!

Wie glauben Sie, kann diese Verantwortung praktisch wahrgenommen werden?

Am nachhaltigsten wird die Kirche ihre Verantwortung gegenüber dem öffentlichen Leben immer durch ihre Sorge für den Gottesdienst wahrnehmen. Wenn er den Menschen in der rechten Weise zur Quelle von Gewissheit und Kraft wird, werden sie ihren Beitrag für die Gesundheit des Staatswesens zunächst einfach als Christen in ihrem eigensten Bereich leisten: in der Erziehung ihrer Kinder, in ihrer Redlichkeit bis hin zur Steuererklärung, in ihrer Dankbarkeit für jeden Schritt nach vorn und in ihrer verstehenden Geduld. Schon die Atmosphäre von Zuversicht und Ehrlichkeit, die von uns Christenleuten ausgehen sollte, hat Gewicht für jede Gemeinschaft, in die wir gestellt sind. Christen werden am ehesten den hohlen Schlagworten widerstehen, die allerorts überhand zu nehmen drohen. Sie werden die billige Suche nach dem Sündenbock ablehnen und stattdessen Einsicht und Mut genug haben, jederzeit auch das Unbequeme auszusprechen: dass die vielgestaltige Not unserer Tage ihren Grund in dem verlorenen Krieg hat, nicht aber in der Böswilligkeit und der Unzulänglichkeit der Politiker in Stadt, Land und Bund. Gerade weil sie um die Gefährdung dieser Welt wissen, werden sie in der politischen Arbeit nicht beiseite stehen. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört es dabei vielleicht, dass man sich mit Sorgfalt um sachliche Unterrichtung bemüht und so zu eigenem Urteil und zu einem dem Nächsten förderlichen Gespräch fähig wird. Die unmittelbare Betätigung der politischen Verantwortung des Christen fängt bei der Übernahme einer Vormundschaft an, sie richtet sich auf das Elend in den Flüchtlingslagern, und sie reicht bis zur Annahme eines politischen Mandats.

Welche Gefahren würden Sie sehen, wenn sich der evangelische Christ seiner politischen Verantwortung nicht in ausreichendem Masse bewusst werden sollte?

Das Glaubensleben der Christen muss verkümmern, wenn die Solidarität mit den Männern und Frauen, die sich um die Neuordnung unseres Staates und die Wiederherstellung der Einheit unseres Volkes mühen, nicht praktiziert wird. Es geht nicht an, dass wir die evangelischen Abgeordneten in ihrer Arbeit und ihren Sorgen allein lassen. Je mehr wir Christen die Politiker sich selbst überlassen - und damit verfahren nach dem bösen Wort: "Soll ich meines Bruders Hüter sein?" -, desto mehr werden sich in allen Lebensbereichen Härte und Erbarmungslosigkeit durchsetzen. Es besteht die unmittelbare Gefahr, dass der Kampf um die Begrenzung der Staatsmacht erlahmt. Die Vergangenheit hat bewiesen, dass die Kräfte des Humanismus nicht ausreichen, den Menschen vor dem Angriff auf seine Würde zu schützen. Es ist vielmehr von entscheidender Bedeutung, dass der Gesetzgeber durch Christus sein Menschenbild gewinnt. Das ist aber nur möglich, wenn wir Christen das Recht Gottes auch auf das öffentliche Leben anmelden und es im Dienst darzustellen trachten.

Wir wissen um die Vielfalt und Bedeutung Ihrer hiesigen Aufgaben. Haben Sie darüber hinaus noch die Möglichkeit, dazu beizutragen, dass die Anteilnahme des evangelischen Christen am öffentlichen Leben stärker wird?

Ich versuche durch Vorträge hin und her in der Bundesrepublik, das Verantwortungsbewusstsein unserer Gemeinden für das öffentliche Leben zu wecken und zu stärken. Überdies haben sich im letzten Jahr Besuche in Bonn aus den verschiedensten Werken und Gruppen unserer Kirche als besonders wertvoll erwiesen.

Die Männer, Frauen und Jugendlichen konnten jeweils an einer Plenarsitzung des Bundestages teilnehmen und hatten Gelegenheit zu Gesprächen mit Abgeordneten aus allen Parteien. Diese unmittelbare Begegnung mit dem politischen Raum hat viele schiefe Urteile zu= rechtgerückt und vielen Impulse gegeben, ihrer Bürgerpflicht in Zukunft nicht nur mit dem Stimmzettel zu genügen. So sind bis zum unmittelbaren Dienst für die Vertriebenen zahlreiche Früchte aus diesen Besuchen gewachsen.

Um die Anteilnahme der evangelischen Christen am öffentlichen Leben zu stärken, wird unsere Hauptaufgabe aber darin liegen müssen, dass in der Verkündigung und im gesamten Dienst der Kirche mehr als bisher die Konkretion der öffentlichen Verantwortung des Christen erkennbar wird und die Kirche das verhandelt, was dem Christen unserer Tage in seinem privaten u n' d in seinem beruflichen und sozialen Leben Frage und Last schafft.

An unsere Leser:

Die "EVANGELISCHE VERANTWORTUNG" sollte Anlass zu einem offenen und fruchtbaren Gespräch werden. Herausgeber und Redaktion würden es daher begrüßen, wenn weite evangelische Kreise diese Anregung aufgreifen und sich durch eingesandte Diskussionsbeiträge daran beteiligen würden.

Wir werden bemüht sein, den Zuschriften aus dem Leserkreis in unseren Briefen nach Möglichkeit Raum zu geben.

Alle Einsendungen werden erbeten an die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bonn, Görresstr. 40.

Druckfehlerberichtigung:

Im Impressum unserer Beilage (Predigt von D.theol.Gerhard Jacobi, D.D.) muss es heißen: Politische B r i e f e .